

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Paritätischer fordert deutliche Erhöhung bei Hartz IV

Als Bestätigung seiner Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Hartz IV-Leistungen bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gleichzeitig distanziert sich der Verband von Äußerungen des Deutschen Vereins, wonach die Hartz IV-Sätze für eine gesunde Ernährung ausreichend seien. Nach Auffassung des Paritätischen seien die Regelsätze bei Hartz IV schnellstmöglich von derzeit 351 auf 440 Euro zu erhöhen, um wenigstens auf bescheidenem Niveau vor Armut zu schützen. Die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung belege einmal mehr auf erschütternde Weise, dass Beziehern von Hartz IV eine Teilhabe an Gesellschaft und Kultur verwehrt sei. Der Verband fordert die Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf. »Ein Sozialstaat, der es schon als armuts-politischen Erfolg wertet, wenn er seine Bürgerinnen und Bürger nicht verhungern lässt, hat seinen Namen nicht verdient«, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Eine seriöse und ernst gemeinte Armutspolitik müsse mehrdimensional angelegt sein und auf mehr als das nackte Überleben zielen. »Wer Einkommensarmut wirksam und nachhaltig bekämpfen will, muss auch ein Mindestmaß an sozialer und kultureller Teilhabe, echte Bildungschancen und damit echte Zukunftsperspektiven ermöglichen«, fordert Schneider. Insbesondere die bestehenden Regelsätze für Kinder und Jugendliche seien in keiner Weise bedarfsgerecht und reichten noch nicht einmal für die ausgewogene Ernährung eines Schulkindes, wie der Verband in einer eigenen Expertise nachweist. Damit distanziert sich der Paritätische von gegenteiligen Äußerungen des Deutschen Vereins, der eine gesunde Ernährung durch die geltenden Regelsätze ausreichend gewährleistet sieht.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Sachverständigenrat für Integration und Migration plant »Integrationsbarometer«

Als Gemeinschaftsprojekt haben acht deutsche Stiftungen den »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration« ins Leben gerufen. Das unabhängige wissenschaftliche Expertengremium will regelmäßig in Jahresberichten und Gutachten Stellung zu integrations- und migrationspolitischen Themen beziehen. Ziel ist es, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Empfehlungen zu begleiten. Die acht Stiftungen stellen insgesamt rund 1,7 Millionen Euro für den Aufbau des Sachverständigenrats in den kommenden drei Jahren zur Verfügung. Integration und Migration stellten zentrale Herausforderungen unserer Gesellschaft dar, so die Initiatoren. Doch bislang sei das Themenfeld Integration und Migration ohne systematische, kontinuierliche und unabhängig kritische Begleitung durch die Wissenschaft geblieben. Diese Lücke würde nun durch die Initiative von Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus geschlossen. Der Sachverständigenrat will unter anderem einen »Integrationsbarometer« erstellen. Dieses Erhebungsinstrument soll ab Herbst 2009 jährlich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragen und so Aufschluss über ihre Einstellungen, Meinungen und Stimmungen im Hinblick auf die Themen Integration und Migration geben. Vorsitzender des Sachverständigenrates ist der Migrationsforscher Prof. Dr. Klaus J. Bade (Universität Osnabrück). Neben ihm gehören dem Gremium noch an: Prof. Dr. Ursula Neumann (Universität Hamburg), Prof. Dr. Michael Bommes (Universität Osnabrück), Prof. Dr. Heinz Faßmann (Universität Wien), Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu (Universität Bremen), Prof. Dr. Christine Langefeld (Universität Göttingen), Prof. Dr. Werner Schiffauer (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Prof. Dr. Thomas Straubhaar (Hamburgisches Welt-

Wirtschafts-Institut) und Prof. Dr. Steven Vertovec (Max-Planck-Institut Göttingen). Die Mitglieder wurden von einer internationalen Findungskommission unter Leitung von Prof. Dr. Rita Süßmuth vorgeschlagen.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gGmbH, c/o Stiftung Mercator GmbH, Huyssenallee 44, 45128 Essen, Telefon 0201 24522-42, E-Mail reusch@stiftung-mercator.de

Statistisches Bundesamt legt

»Themenpapier Eingliederungshilfe« vor

Das Statistische Bundesamt hat ein »Themenpapier« zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen vorgelegt. Die erstmals erschienene Veröffentlichung stellt die statistischen Daten zu den Empfängern und den Ausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen aus dem 6. Kapitel des SGB XII (Sozialhilfe) im Überblick dar. Die Veröffentlichung steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung. Die Zahlenreihe wird künftig jährlich aktualisiert.

Internet <https://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur.vollanzeige.csp&ID=102220>

»Zeitbasierte Vergütung«:

67 Cent pro Minute

Das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes veranstaltete am 11. September 2008 in Darmstadt eine Regionalkonferenz zur Situation des Persönlichen Budgets. Diskutiert wurden der unterschiedliche Umsetzungsstand des Persönlichen Budgets sowie mögliche Entwicklungsperspektiven dieser Leistungsform für die nächste Zeit. So stellte Prof. Dr. Petra Gromann von der Fachhochschule Fulda ihr Modell der »Integrierten Teilhabeplanung« im Hinblick auf das Persönliche Budget vor. Gerhard Kronenberger vom Landeswohlfahrtsverband erläuterte das Projekt der »Zeitbasierten Vergütung« als möglichen Weg zur Verpreislichung von Leistungen auch beim Persönlichen Budget. In seinem Vortrag nannte er dabei beispielhaft den Wert von 67 Cent pro Minute, also rund 40 Euro in der Stunde, für professionelle Dienste, unabhängig von Form und Art

der Leistung. Wolfgang Roebke stellte sein »Projekt« vor, für seinen behinderten Sohn ein selbstständiges Wohnen und eine Beschäftigung außerhalb einer Werkstatt für behinderte Menschen durch ein Persönliches Budget zu erreichen. In einem Kostenvoranschlag errechnete er einen notwendigen Förderbetrag von 5.430 Euro für Arbeitsassistenten und berufsbildenden Maßnahmen für die Dauer von drei Monaten. Die Vorträge und Präsentationen der Darmstädter Regionalkonferenz stehen auf der Website des Kompetenzzentrums Persönliches Budget zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung (Rubrik Veranstaltungen).

Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Bundesregierung: Starker Anstieg beim Persönlichen Budget

Die Zahl Persönlicher Budgets ist in den letzten Monaten stark angestiegen.

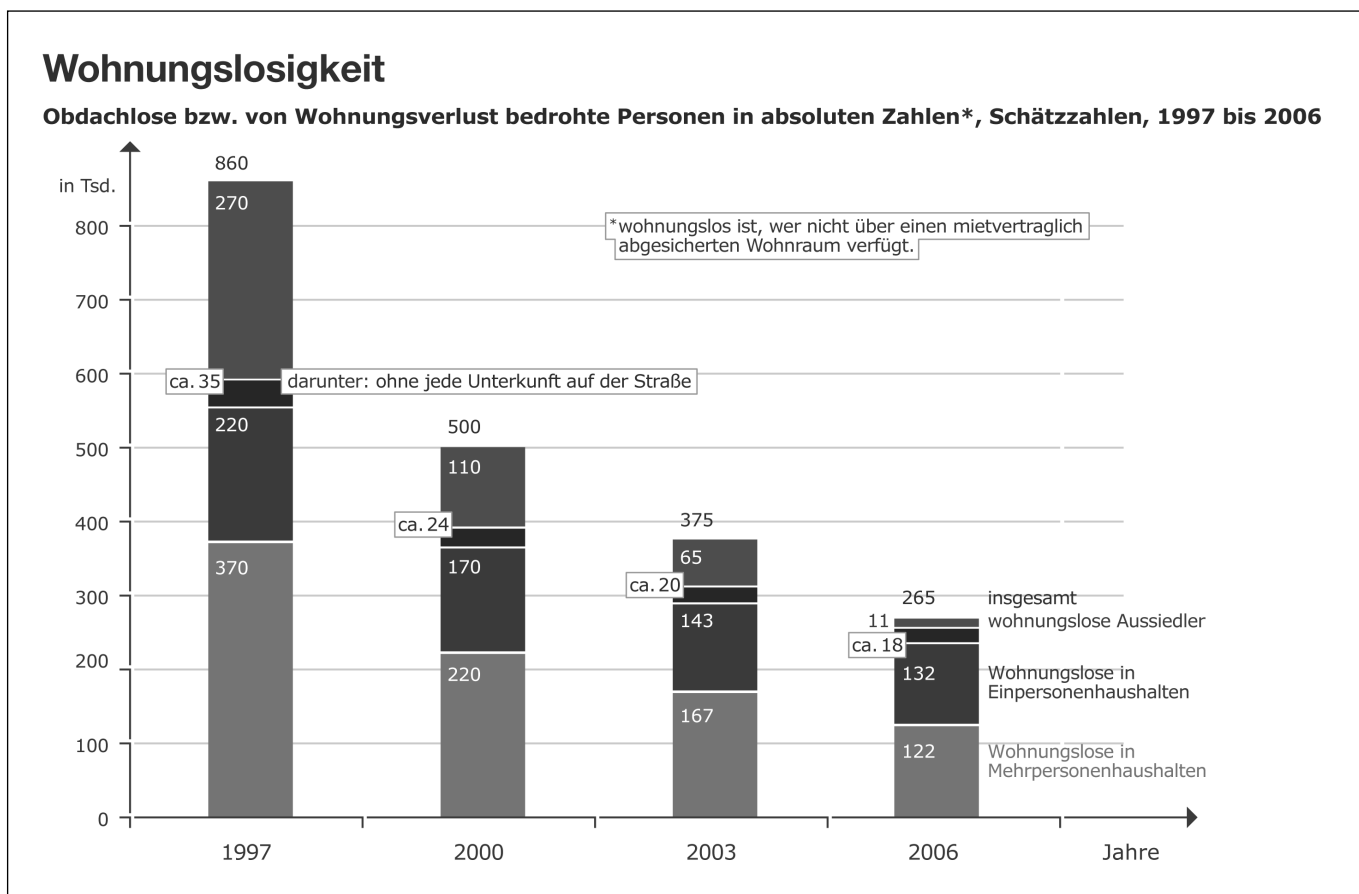
Das erklärte anlässlich einer Informationsveranstaltung des Ministeriums zum Persönlichen Budget auf der Düsseldorfer Messe REHACARE International 2008 der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies. Allein im zweiten Halbjahr 2007 wurden nach einer Presseinformation des Ministeriums rund eintausend neue Persönliche Budgets bewilligt. Das Persönliche Budget sei eines der herausragenden Instrumente der Behindertenpolitik und Ausdruck des Paradigmenwechsels in diesem Politikfeld, heißt es weiter. Diese Leistungsform sei ein Meilenstein auf dem Weg zu einer bedarfsorientierten und personenzentrierten Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und führt zu mehr Selbstbestimmung, mehr Selbstständigkeit und mehr Selbstbewusstsein bei behinderten Menschen. Ein weiterer stetiger Anstieg der Zahl be-

willigter Persönlicher Budgets sei ausdrückliches Ziel der Politik der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin, Telefon 03018 527-0, Fax 03018 527-1830, E-Mail info@bmas.bund.de, Internet <http://www.bmas.de>

Privat-gewerbliche Träger haben keinen Anspruch auf Anerkennung

Privat-gewerbliche Träger haben keinen Anspruch auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII. Das entschied das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht in einem Grundsatzurteil. Dieses oberinstanzliche Urteil ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil neben den öffentlichen Fördermittelgebern selbst auch immer mehr Stiftungen und Sponsoren als Fördervoraussetzung eine Anerkennung nach § 75 SGB



Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. lag die Gesamtzahl der wohnungslosen Personen in Deutschland im Jahr 2006 bei 254.000. Die Wohnungslosen sind allerdings keine statische Gruppe, da viele nur für einen begrenzten Zeitraum wohnungslos sind. Fast alle Wohnungslosen sind von mehr als einer Problemlage betroffen; die häufigsten sind Arbeitslosigkeit, Überschuldung, familiäre Probleme wie Trennung, Scheidung oder der Tod einer nahestehenden Person, Straf-fälligkeit, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gewalterfahrungen. Nach der Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ist wohnungslos, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Internet <http://www.bpb.de>

VIII zur Bedingung machen. Damit wollen sie sicherstellen, dass ihre Fördermittel nur gemeinnützig verwendet werden und eine unmittelbare oder mittelbare Verwendung für private Entnahmen ausgeschlossen ist. Das 24-seitige Urteil kann als PDF-Dokument kostenlos bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege angefordert werden (E-Mail pfanendoerfer@nomos.de).

Az.: 4 Bf 104/06

Kompendium der anthroposophischen Heilpädagogik erschienen

Endlich ein Handbuch zur aktuellen Situation der anthroposophischen Heilpädagogik. Darin finden sich auch Beiträge, die sich der Sozialtherapie sowohl gemeinsam mit der Heilpädagogik als auch eigenständig widmen. Auf über 500 Seiten mit Abbildungen und Tabellen findet durch 36 Autoren eine Vorstellung der wichtigsten Arbeits- und Lernfelder statt. Hervorzuheben ist die Tatsache, dass es den Herausgebern gelungen ist, mit dem Ernst-Reinhardt-Verlag ein kompetentes und in der Fachwelt anerkanntes Unternehmen gewonnen zu haben, dessen Publikationen auch durch die Arbeitsgemeinschaft UTB (Uni-Taschenbücher) weithin bekannt sind. Das Vorwort der Herausgeber Rüdiger Grimm und Götz Kaschubowski klärt in sachlich komprimierter Form über Sinn, Weg und Ziel des Werks auf. Die Lesenden werden zum Hineinschauen und Studieren durch eine anregende Vielfalt ermuntert, was durch die Gliederung in acht Themenbereiche erleichtert wird. »Neben die geisteswissenschaftlich-hermeneutischen Zugänge treten kritisch-reflektierende, zunehmend auch empirische Ansätze sowie die vergleichende Methode und der Diskurs mit der akademischen Sonderpädagogik.« Allen Beiträgen ist die den Autoren gemeinsame Haltung anzumerken, die gewonnenen und in den wissenschaftlichen Diskurs gestellten Sichtweisen und Beurteilungen für den Dialog offen zu lassen. Für den Auf- und Nachschlagenden sind die detaillierten Angaben zur verwendeten und weiter-



Termine

Zuständigkeiten in der Jugendhilfe: typische Fälle, Fehlerquellen, Lösungen. 16. März 2009 in Berlin. Teilnahmegebühr 145,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

Das europäische Vergaberecht und seine Auswirkungen auf die sozialen Dienste in Deutschland, 18. und 19. März 2009 in Erfurt. Veranstaltungskosten 114,- Euro, Tagungsstättenkosten 78,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17–18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien. 23. und 24. April 2009 in Berlin. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik GmbH, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon 030 39 001-0, Fax 030 39001-100, E-Mail difu@difu.de, Internet <http://www.difu.de>

Mobbing unter Kindern und Jugendlichen: Wahrnehmung und Intervention. 22. bis 24. April 2009 in Augsburg. Teilnahmebeitrag einschließlich Unterbringung und Verpflegung 299,- Euro.

Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881-13, Fax 0511 39088116, E-Mail info@erev.de, Internet <http://www.erev.de>

Praxisforum Evaluation von Hilfen zur Erziehung. 23. und 24. April 2009 in Eisenach. Seminargebühr mit Übernachtung und Vollverpflegung 200,- Euro. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101–103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986-0, Fax 069 63398625, E-Mail igfh@igfh.de, Internet <http://www.igfh.de>

Sozialwirtschaft — mehr als Wirtschaft? Steuerung — Finanzierung — Vernetzung. 14. und 15. Mai 2009 in Magdeburg. 6. Kongress der Sozialwirtschaft. Kongress-Informationen: <http://www.kongress-der-sozialwirtschaft.de>. Anmeldung: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089134, E-Mail info@bagwohlfahrt.de, Internet <http://www.bagfw.de>.

Erfolgreich Projektfördermittel gewinnen. 22. bis 24. Juni 2009 in Berlin. Seminargebühr mit Übernachtung und Vollverpflegung 320,- Euro. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101–103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986-0, Fax 069 63398625, E-Mail igfh@igfh.de, Internet <http://www.igfh.de>

Kompetenz für fremde Milieus: Arbeiten mit schwierigen Kindern und Jugendlichen. 1. bis 3. Juli 2009 in Neustadt/Weinstraße. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

15. Werkstatt Gemeinwesenarbeit. 14. bis 17. September 2009 in Gelnhausen. Kursgebühr 200,- Euro zuzüglich 165,- Euro Unterkunft und Verpflegung. Burckhardt Haus, Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e. V., Postfach 11 64, 63551 Gelnhausen, Telefon 06051 89-0, Fax 06051 89240, E-Mail m.ott@burckhardthaus.de, Internet <http://www.burckhardthaus.de>

Gerechtigkeit? Verantwortung? Sicherheit? Soziale Arbeit positioniert sich! 7. Bundeskongress Soziale Arbeit. 24. bis 26. September 2009 in Dortmund. Organisationsbüro Bundeskongress Soziale Arbeit. TU Dortmund, Fakultät Erziehungswissenschaft und Soziologie, Emil-Figge-Straße 91, 44227 Dortmund, Telefon 0231 755-6065, Fax 0231 755-6225, E-Mail buko09@fb12.uni-dortmund.de

Führungskraft als Coach: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt fördern, gemeinsam gute Leistung erbringen. 22. Oktober 2009 in Stuttgart. Lehrgangsgebühren 90,- Euro. Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Postfach 10 53 41, 70046 Stuttgart, Telefon 0711 61926-0, Fax 0711 61926199, E-Mail info@wohlfahrtswerk.de, Internet <http://www.wohlfahrtswerk.de>

führenden Literatur im Nachgang zu jedem Aufsatz eine Arbeitshilfe und bereichernde Fundgrube im Hinblick auf die derzeit in Wissenschaft und Praxis anzutreffenden Fragestellungen. – Dieter Bosselmann, Gemeinnützige Campus am Park GmbH i. Gr., Herbstein-Stockhausen

Rüdiger Grimm und Götz Kaschubowski: Compendium der anthroposophischen Heilpädagogik. Ernst Reinhardt Verlag, München 2008. 547 Seiten. 39,90 Euro. ISBN 978-3-497-01985-4.

Kostenlose Arbeitshilfen für die Sozialwirtschaft

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Bremen bietet auf seiner Website einige hilfreiche Arbeitshilfen für gemeinnützige Organisationen an, beispielsweise zu den Themen »Ehrenamt und Steuern«, »Verträge mit Kostenträgern« sowie »Bausteine für ein Fundraising-Konzept«. Die Dokumente im PDF-Format sind kostenlos und frei zugänglich herunterladbar (Rubrik Publikationen).

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen e. V., Eduard-Grünow-Straße 24, 28203 Bremen, Telefon 0421 79199-13, Fax 0421 79199-99, E-Mail info@paritaet-bremen.de, Internet http://www.paritaet-bremen.de

Arbeit kann Menschen psychisch krank machen

Nicht nur Arbeitslosigkeit, auch Arbeit kann krank machen, meint Prof. Dr. Wolfgang Gaebel, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN). Beruflich bedingte psychische Störungen nehmen kontinuierlich zu. Zwar gebe es keine konkreten Zahlen, aber Arbeit sei definitiv ein Stressfaktor. Die Ursachen für dieses Phänomen sieht der Psychiater in den starken Veränderungen der Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren. Belastungen am Arbeitsplatz wie Konkurrenzdruck oder Mobbing stellten häufig Auslöser für psychische Erkrankungen dar. Auch Faktoren wie Zeitdruck, mediale Überflutung und stetig wachsende Aufgabenfelder seien für viele Menschen große Herausforderungen, denen sie sich nicht gewachsen fühlen. Werde die Arbeit auch noch als unbefriedigend oder wenig erfolgreich wahrgenommen, könnte das zu Depressionen und Suchtkrankheiten führen. Das Gefühl, trotz erheblicher Mühen wenig Anerkennung für seine Leistung zu erhal-

ten, bilde einen weiteren Stressfaktor. Geistige oder emotionale Überforderung schaden ebenfalls der psychischen Gesundheit. Als Konsequenz aus seinen Beobachtungen und Erfahrungen fordert Gaebel, Menschen für psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz zu sensibilisieren. Nur so könnten sie frühzeitig erkannt und dadurch schneller und erfolgreicher behandelt werden. Allerdings müsste auch beachtet werden, dass psychische Erkrankungen vielfältige Ursachen haben und ein und dieselbe Arbeitssituation für den einen belastend sein kann, während sich sein Kollege dadurch nicht im geringsten gestört fühlt.

Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde e. V., Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Telefon 030 28096601, Fax 030 28093816, E-Mail t.nesslerer@dgppn.de, Internet http://www.dgppn.de

Jugendhilfeportal: Stellengesuche nun möglich

Im Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe können neuerdings auch Stellengesuche veröffentlicht werden. Bisher bot die Website bereits Trägern und Einrichtungen die Möglichkeit, kostenlos Stellenausschreibungen im Portal zu veröffentlichen und auf diesem Weg potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf offene Stellen aufmerksam zu machen. Ab sofort haben nun auch Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe die Möglichkeit, detaillierte Stellengesuche und Profile einzutragen und damit für sich zu werben. Träger und Einrichtungen können in den Einträgen gezielt nach passendem Personal suchen. Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe ist eine Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform und richtet sich an alle, die aus beruflichem oder ehrenamtlichem Interesse, ausbildungsbezogen, mit wissenschaftlichem Hintergrund oder auch ganz allgemein zum Thema Kinder- und Jugendhilfe im Internet recherchieren. Träger des Gemeinschaftsprojektes sind die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe sowie die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland. Gefördert wird das Fachkräfteportal vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden.

Internet http://www.jugendhilfeportal.de

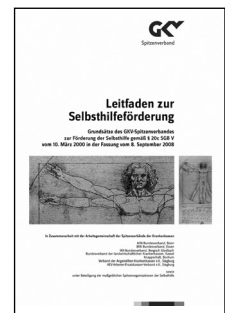
Website für promotionsinteressierte FH-Absolventen

Auf der Website von Prof. Dr. Rudolf Schmitt vom Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Zittau/Görlitz (FH) findet sich eine eigene Informationsseite zu Promotionen in der Sozialen Arbeit nach einem Fachhochschulabschluss. Angeboten wird dort ferner, sich in eine Mailingliste für aktuelle Nachrichten zur Promotion aufnehmen zu lassen. Website wie Rundmail geben praktische Hilfen zum Promotionsvorhaben (Vorgehensweise, Übersicht aller Möglichkeiten und Stipendien, Forschungskurse u. a. mehr).

Prof. Dr. Rudolf Schmitt, Hochschule Zittau/Görlitz, Fachbereich Sozialwesen, E-Mail r.schmitt@hs-zigr.de, Internet http://www.hs-zigr.de/~schmitt/promotionen/index_promotion.htm

Leitfaden zur Selbsthilfeförderung kostenlos erhältlich

Für jeden ihrer Versicherten mussten die gesetzlichen Krankenkassen im letzten Jahr 0,56 Euro für die Förderung der Selbsthilfe zur Verfügung stellen (vgl. SOZIALwirtschaft aktuell 18/2008).



Einen Leitfaden, wie soziale Organisationen diese Selbsthilfeförderung in Anspruch nehmen können, hat der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen herausgegeben. Die »Grundsätze des GKV-Spitzenverbandes zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20c SGB V vom 10. März 2000 in der Fassung vom 8. September 2008« sind die aufgrund der gesetzlichen Änderungen erforderlich gewordene Neufassung der gemeinsamen Grundsätze aus dem Jahre 2000. An der Neufassung waren neben der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen auch die Spitzenorganisationen der Selbsthilfe beteiligt. Die 36-seitige Broschüre kann als PDF-Dokument kostenlos bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege bezogen werden (E-Mail pfannen-doerfer@nomos.de).

GKV-Spitzenverband, Mittelstraße 51, 10117 Berlin Internet http://www.gkv-spitzenverband.de

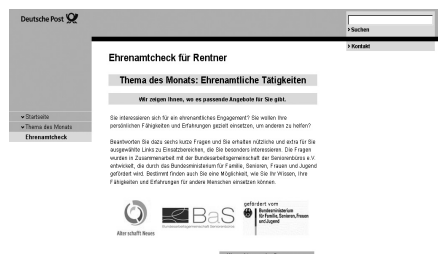
Charity-Parkscheinautomat ging in Berlin in Betrieb

In Berlin wurde ein »Charity-Park-scheinautomat« in Betrieb genommen. Die Parkenden in der Rankestraße an der Ecke zum Kurfürstendamm können wählen, ob sie nur einen Parkschein ziehen oder zusätzlich spenden wollen. Fällt die Entscheidung für eine Spende, werden zehn Cent unabhängig von der Parkzeit aufgeschlagen. Außerdem kann auch ohne Parkschein eine selbst gewählte Summe gespendet werden. Die Spenden kommen einem Berliner Mädchen- und Frauenladen für interkulturelle Sozialarbeit zugute. Ein halbes Jahr soll das Gerät auf Probe betrieben werden. Ob die Idee dann weitergeführt wird, entscheidet sich danach.

Bezirksamt Charlottenburg- Wilmersdorf von Berlin, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Telefon 030 9029-10, Fax 030 9029-14666, Internet <http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf>

Neues Internet-Portal für Senioren zum Thema Ehrenamt

Mit einem neuen Internet-Angebot des *Deutsche Post Renten Service* können sich Rentnerinnen und Rentner über Möglichkeiten für eine ehrenamtliche



und freiwillige Tätigkeit informieren. In Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. sV. wurde dafür der »Ehrenamtcheck« entwickelt. Hier erhalten Senioren Informationen zu regionalen Einsatzmöglichkeiten in einem Ehrenamt und gleichzeitig Zugang zu 250 bundesweit arbeitenden Seniorenbüros. Die Seniorenbüros verfügen über Kontakt zu den Organisationen und Einsatzstellen und helfen dabei, die ersten Schritte in ein freiwilliges Engagement zu gehen. Bei Bedarf begleiten sie die Teilnehmer aber auch während ihres Einsatzes. Jeden Monat bietet das Portal darüber hinaus mit einem aktuellen Thema Tipps rund um die Lebenswelt älterer Menschen und Service-Informationen, die kontinuierlich ausgebaut werden.

Internet <http://www.rentenservice.de> ◆

Kennzahlen

»Man hat behauptet, die Welt werde durch Zahlen regiert; das aber weiß ich, dass Zahlen uns belehren, ob sie gut oder schlecht regiert werde.«

Johann Wolfgang von Goethe,
deutscher Dichter (1749–1832)

625

Durchschnittlicher Monatsbetrag in Euro für einen Grundsicherungsempfänger zum Jahresende 2007 in Deutschland (davon sind 276 Euro für Unterkunft und Heizung bestimmt)

113.030

Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die im Jahre 2007 in Deutschland eingebürgert wurden

273

Zahl der Selbsthilfekontaktstellen in Deutschland (Stand 2007)

2.970

Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen der Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes im Jahre 2007

37.722

Zahl der Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen und Universitäten (Stand: 1. Dezember 2007)

38.500

Zahl der Selbsthilfegruppen in Deutschland (Schätzung für 2007)

14.379

Zahl der Menschen, die in Deutschland im Schuljahr 2006/2007 die Ausbildung zur Altenpflegerin oder zum Altenpfleger begonnen haben